



Aktueller Begriff

11. September 1973 – Militärputsch in Chile

Den meisten Menschen dürfte der 11. September als das Datum bekannt sein, an dem im Jahr 2001 das Terrornetzwerk Al-Qaida mit Passagierflugzeugen Anschläge in den USA verübte. Bereits 1973 wurde jedoch am 11. September Geschichte geschrieben, als das chilenische Militär den demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten **Salvador Allende** gewaltsam stürzte und General **Augusto Pinochet** für 17 Jahre die Macht übernahm.

Am 4. September 1970 hatte Salvador Allende als Kandidat der sozialistischen *Unidad Popular* mit über 36 Prozent der Stimmen die chilenischen Präsidentschaftswahlen knapp gewonnen. In der Folge begann seine Linksregierung mit der Umsetzung einer sozialistischen Politik. Sie verstaatlichte Banken und Kohlegruben und leitete ein Bodenreformprogramm ein. Chile geriet u.a. durch ausländische Einflussnahme, Blockade rechter Unternehmer sowie hohe Inflation in massive wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ein Streik lähmte die Wirtschaft des ganzen Landes; die innenpolitischen Unruhen nahmen zu. Daraufhin **versuchten am 22. August 1973 die oppositionellen Kräfte im chilenischen Kongress, Allende wegen Verfassungsbruchs abzusetzen**, erreichten aber nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Drei der vier im Kabinett vertretenen Generäle traten hierauf von ihren Minister- und Dienstposten zurück, unter ihnen der Oberbefehlshaber der Streitkräfte *Carlos Prats*. Dieser empfahl den Generalstabschef der chilenischen Armee, General Pinochet, als seinen Nachfolger. Allende – im Vertrauen auf dessen Verfassungstreue – ernannte diesen am **23. August 1973 zum neuen Oberbefehlshaber der Streitkräfte**.

Nur drei Wochen später, am 11. September 1973, putschte in Chile – mit Unterstützung der **USA, die einen Ausbau des sowjetischen Einflusses in Lateinamerika unbedingt abwenden wollten** – das Militär unter Führung Pinochets. Noch am selben Tag beging Allende **Suizid**. Seine Macht ergreifung versuchte das Militär mit gefälschten Plänen Allendes zur Errichtung einer Diktatur zu legitimieren. Sofort nach seinem Sturz wurde der Kongress aufgelöst, alle Parteien der *Unidad Popular* verboten sowie *de facto* jede politische Betätigung unterbunden. Zudem begannen Militär und Polizei, sowie ab 1974 die neu gegründete Geheimpolizei *Dirección Nacional de Inteligencia* (DINA), gegen Mitglieder und Sympathisanten der gestürzten Regierung, von Linksparteien und von Gewerkschaften repressiv vorzugehen. Eingebunden in diesen Staatsterror war auch die von dem Deutschen *Paul Schäfer* gegründete Sekte *Colonia Dignidad*, deren Areal als Folterbasis der DINA sowie als Produktions- und Umschlagstätte für Waffen diente und deren Verbrechen (auch von deutscher Seite) bis heute noch nicht umfassend aufgearbeitet wurden. Nach Schätzungen wurden während der Diktatur in Chile bis zu 500.000 Menschen gefangen gehalten und gefoltert; 3.200 Menschen wurden ermordet (auch im Ausland) oder sind bis heute verschwunden. Vielen Verfolgten blieb nur die Flucht ins Ausland – die Bundesrepublik Deutschland nahm etwa 4.000 Flüchtlinge, die DDR etwa 2.000 auf. Den an den Menschenrechtsverletzungen beteiligten Mitgliedern der Sicherheitskräfte garantierte das 1978 von der Militärjunta beschlossene Dekret 2191 Straffreiheit. Dieses „Amnestie-Gesetz“ wird in Chile von einigen Gerichten bis heute angewendet.

Pinochet wurde **1974 von der von ihm geführten Militärjunta zum Präsidenten der Republik** ernannt. Die 17-jährige Militärherrschaft Pinochets erhielt **1980** durch eine **umstrittene Volksabstimmung** einen rechtlichen Rahmen: Die **neue Verfassung**, die von einer von der Regierung eingesetzten Kommission entworfen worden war, bestätigte den Diktator als **De-jure-Präsident** im Amt. In einem weiteren, entsprechend dieser Verfassung durchgeführten **Plebiszit** stimmten **1988** dann jedoch **56 Prozent gegen Pinochets Verbleib als Präsident**, was in demokratische Wahlen für die Präsidentschaft und den Kongress mündete. Nach seinem Rücktritt als Präsident im Jahr 1990 diente Pinochet bis zum 10. März 1998 weiterhin als Oberbefehlshaber der chilenischen Armee. Während eines Aufenthalts in London im Jahr 1998 wurde Pinochet – mittlerweile im Ruhestand und nunmehr Senator auf Lebenszeit – aufgrund eines vom spanischen Untersuchungsrichter *Baltasar Garzón* initiierten internationalen Haftbefehls verhaftet. Nachdem er am 2. März 2000 aus gesundheitlichen Gründen freigelassen worden und einen Tag später nach Chile zurückgekehrt war, entschied der chilenische Richter *Juan Guzmán Tapia* im Jahr 2004, dass Pinochet medizinisch in der Lage sei, vor Gericht zu stehen, und stellte ihn unter Hausarrest. **Bis zu seinem Tod am 10. Dezember 2006 kam es jedoch zu keiner Verurteilung Pinochets.** Zum Zeitpunkt seines Todes waren in Chile noch etwa 300 Strafanzeigen wegen zahlreicher Menschenrechtsverletzungen während seiner Herrschaft sowie Steuerhinterziehung und Veruntreuung während und nach dieser Zeit anhängig.

Bis heute ist die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Zeit der Militärdiktatur in Chile nicht abgeschlossen. Zwar verurteilen mittlerweile auch konservative Politiker die Menschenrechtsverletzungen unter Pinochet; weitverbreitet ist aber in rechten Kreisen Chiles nach wie vor das Narrativ, Pinochet habe Chile vor dem Sozialismus gerettet und vor dem Ruin bewahrt. Auch gibt es seit kurzem **erste Versuche einer juristischen Aufarbeitung**, die den hunderttausenden Opfern und ihren Angehörigen Gerechtigkeit verschaffen könnten. Oft scheitert aber die Suche nach Verschwundenen, u.a. an der mangelnden Kooperation des Militärs.

Die **Gespalteneheit der chilenischen Bevölkerung** wurde auch im Jahre 2022 deutlich: monatelang hatte ein von der Bevölkerung gewählter Verfassungskonvent einen umfangreichen Entwurf einer neuen Verfassung erarbeitet. Diese sollte die Verfassung von 1980 ablösen und damit auch einen Bruch mit der Militärdiktatur vollziehen. Der Entwurf sah unter anderem die Verankerung sozialer Grundrechte, der Gleichstellung der Geschlechter, Naturschutz und Rechte indigener Menschen vor, aber auch die Abschaffung des Senats und die Einschränkung der Befugnisse des Verfassungsgerichts. Trotz intensiven Werbens der Regierung von Präsident *Gabriel Boric* wurde der Entwurf am 4. September 2022 von 62 Prozent der Wähler abgelehnt. Obwohl immer noch eine große Mehrheit der Chilenen prinzipiell für eine neue Verfassung ist, war dieser Entwurf, der von Kritikern als handwerklich unausgereift beurteilt wurde, den meisten Wählern „zu links“. Die geplanten tiefgreifenden Änderungen verunsicherten viele. Einige sozioökonomische Vermächtnisse der Verfassung aus Zeiten der Militärdiktatur, wie z.B. der hohe Grad der Privatisierung von Land, Wasser, Strom und Bildung, prägen Chile somit noch heute.

Quellen:

Devine, Jack (2014): *What really happened in Chile*. Foreign Affairs vom 18. Juni 2014, <https://www.foreignaffairs.com/articles/chile/2014-05-22/what-really-happened-chile> (zuletzt abgerufen am 4. September 2023);

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (Hrsg.): *Verfassungsreferendum in Chile gescheitert*.

Aktueller Begriff Nr. 14/22, 13. Oktober 2022, <https://www.bundestag.de/resource/blob/915308/9e29c69bf81439b75c9223993493d1af/Verfassungsreferendum-in-Chile-gescheitert-data.pdf>;

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Chile*. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 73. Jg., 35-36/2023, 28. August 2023, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“.